

Haushaltrede 2007 der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Velbert

**gehalten vom Fraktionsvorsitzenden
Helmut Stiegelmeier**

**Sehr geehrte Herr Bürgermeister
werte Kolleginnen und Kollegen
meine Damen und Herren!**

Je mehr Aufgaben Bund, Länder und Gemeinden glauben erledigen zu müssen, desto höher wird der Aufwand um diese zu finanzieren. Dem Bürger, sowie dem wirtschaftlichem Mittelstand muss demzufolge noch intensiver in die Tasche gegriffen werden.

Durch diese staatliche Regulierungswut haben wir uns eine Bürokratie geschaffen, die kein Mensch mehr zu verstehen vermag und die offensichtlich in ihren Auswirkungen auch nicht mehr berechenbar ist.

Hartz IV ist hierfür ein gutes Beispiel. Das nächste ist die Gesundheitsreform. Die Bundesregierung beschließt irgendetwas und betrachtet danach mit äußerster Spannung, was jetzt passiert.

Wenn wir es nicht schaffen, staatliches Handeln auf seine notwendigen, hoheitlichen Kernaufgaben zurückzuführen, dann wird uns eine wuchernde Bürokratie erdrücken.

Die „Große Politik“ aus CDU/CSU und SPD, die nicht zuletzt auch in nicht unerheblichem Maße für den Zustand unserer kommunalen Finanzen verantwortlich ist, erfreut sich derzeit über steigende Steuereinnahmen. Jeder der nur annähernd glaubt, damit etwas zu tun zu haben, reklamiert dies als Erfolg seiner Politik. Die Realität sieht allerdings
- wie so oft – anders aus.

Tatsache ist, dass auch schon in den vergangenen Jahren die Steuereinnahmen stetig gestiegen sind, nur wurde stets mehr Geld ausgegeben als eingenommen! Das fehlende Geld leiht man sich gegen Zinsen auf dem Kapitalmarkt und umschreibt dies charmant als „Schließen der Deckungslücke“.

Der Höhepunkt dieser Arroganz der „Großen Politik“ ist trotz steigender Steuereinnahmen, eine neue Kreditaufnahme des Bundes von über 20 Milliarden Euro! Da diese Kreditaufnahme geringer ausfällt als ursprünglich geplant, spricht man zu den Bürgern jedoch bereits von sparen. Auf die einfache Idee, die geplanten Ausgaben, mit dem Ziel einer gewaltigen Reduzierung zu überprüfen, anstatt ständig neue Schulden zu machen, kommt der Bund nicht.

Die Macher der Bundesregierung wursteln einfach weiter von sich hin, ohne ein echtes Konzept zur Erneuerung Deutschlands vorzulegen. Sie haben dabei auch vergessen, dass eigentlich der Bürger der Souverän in unserem Land sein sollte.

Wir, die FDP stehen damit allein in der Verantwortung, den Wählern ein alternatives Politik-Angebot zu unterbreiten. Es ist erforderlich –aber heute noch als „marktradikal“ verschrien für den gesamtgesellschaftlichen dämonisierten Veränderungsprozess zu werben:

ein einfaches, niedriges, gerechtes Steuersystem

die Haushaltskonsolidierung durch die Begrenzung der Staatsausgaben, statt der Ausweitung der Staatseinnahmen durch Steuererhöhung

die Deregulierung des Arbeitsmarktes

die Neugestaltung der Sozialversicherungssysteme

die Investition in Bildung und Innovation

Meine Damen und Herren, in NRW stellen die Reformoptimisten die Regierung. Damit ist Schwarz-Gelb im größten Bundesland NRW das Gegenmodell zu Schwarz –Rot im Bund.

Dem Land NRW geht es sicherlich nicht besonders gut. Deshalb muss die neue Landesregierung den Haushalt sanieren und gleichzeitig die Strukturen im Land NRW verändern.

Wir sind auf dem richtigen Weg in NRW. Das zeigt u.a. die Reform der Gemeindeordnung. Der modernisierte § 107 GO schützt insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in Zukunft vor unfairer Konkurrenz durch die kommunale Wirtschaft. Auch der mutige Schritt zum Kohleausstieg war längst überfällig. Jetzt ist endlich der Weg für Zukunftsinvestitionen in den Bergbauregionen frei. Nun kommt es darauf an, vereinbarte Eckpunkte sauber und verlässlich umzusetzen.

Anstatt die ortsansässige SPD der neuen CDU/FDP Landesregierung –zwar stillschweigend- dankbar ist, dass diese unsere Landesprobleme endlich anpackt, gibt es Seitens der Rats-SPD eine Resolutionsvorlage nach der anderen.

Diese verheerende Finanzsituation hat die SPD nach 39 Jahren Verantwortung in Düsseldorf an die neue Landesregierung vererbt.

Das ist Fakt!

Wir anerkennen die Bemühungen der CDU/FDP Landesregierung durch Sparmaßnahmen zu einer Verringerung der Netto-Neuverschuldung zu gelangen. Manche werfen uns vor, wir seien wegen dieser Haltung „marktradikal“. Herr Ralf Wilke von der SPD sprach in seiner letztjährigen Haushaltsrede sogar von „Privatisierungswahn der Landes-FDP“. In Wahrheit ist es unsere Überzeugung, dass Wohlstand, Stabilität und Chancen nur auf der Basis einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung möglich sind. Denn meine Damen und Herren, Wissen, Kreativität, Solidarität sind nicht an einer Stelle in der Gesellschaft vorhanden, sondern in der Gesellschaft verstreut.

Wenn der Staat alles regeln will, wenn er sich in die Wirtschaft einmischt, dann weisen wir als FDP diese Anmaßung zurück. Mit dieser Haltung stehen wir in der politischen Landschaft nahezu allein. Unsere Gegner sagen: „Ihr wollt den schwachen Staat“. In Wahrheit wollen die „Freien Demokraten“ aber nicht den schwachen Staat, sondern die starke Gesellschaft und jungen Menschen Lebenschancen eröffnen.

DAS IST UNSERE MISSION!

Meine Damen und Herren, bei der Vorbereitung dieser Haushaltsrede war ich kurz in Versuchung, meine Rede vom letzten Jahr in leicht veränderter Form erneut zu präsentieren, da eine echte kontinuierliche Auseinandersetzung mit unserem Haushaltsdefizit immer noch nicht stattfindet und vergangene „Rituale“ lustig weiter praktiziert werden. Auch unser Bürgermeister Stefan Freitag benutzt das Wort „weiter“ in seiner Überschrift zur diesjährigen Haushaltsrede:

„Weiter sanieren – weiter modernisieren – weiter investieren“

Richtiger wäre die Überschrift: „Weiter Schulden machen – weiter Fehlinvestitionen machen – weiter Tafelsilber verscherbeln“.

Denn die Wirklichkeit beschert uns einen unausgeglichene Haushalt, der nur durch den Verkauf von WOBAU-Anteilen annähernd erträglich erscheint. Selbst unsere Kämmerin erkennt, dass uns 2008 ein strukturelles Defizit einholt. Fest steht, dass die finanzielle Gesamtsituation der Stadt Velbert sich kaum positiv verändert hat.

Die Frage, ob unsere Kinder künftig auch noch in einem vergleichbaren Wohlstand leben werden, ist abhängig von einem nachhaltig sanierten Haushalt. Ein Ziel, das auch in unserer Agenda eine große Rolle spielt! Der Begriff der Nachhaltigkeit findet in den Haushaltsüberlegungen noch zu wenig Beachtung. Es fehlen der ernsthafte Wille und der Mut zu Veränderungen.

Der Fairness halber muss auch gesagt werden, dass nicht alle Probleme vor denen wir stehen hausgemacht sind. Natürlich ist die Verteilungsmentalität, Folgekosten von oben nach unten durchzureichen, ein politischer Skandal. Dennoch gilt: Die politischen Entscheidungen und Prioritätenbildung werden hier in diesem Hause getroffen und auch hier verantwortet. Jedoch werden hier in diesem Hause aus unserer Sicht seit Jahren keine oder falsche Prioritäten gesetzt. Die hierdurch entstehenden Schäden bzw. Auswirkungen sind manchmal irreparabel.

Ich nenne nur das Stichwort: Erhöhung der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer! Das bedeutet Abwanderung von Gewerbebetrieben und gleichzeitig ein Hindernispunkt für Betriebszuwanderungsentscheide.

Noch ein Beispiel: Sanierung Schloss Hardenberg inklusive Nutzungsänderung in eine Kinder – und Jugendakademie. Viel Lärm um nichts! Die Realität hat uns eingeholt; dies war aber mit gesundem Menschenverstand schon damals abzusehen.

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister

Schaue ich nach Braunschweig, der neuen Heimat der „Bönschstiftung“, für die das Land Niedersachsen sogar ein kostenloses Stadtmarketing machte, so bin ich immer noch stark enttäuscht. Innerhalb der Kunstszenen Deutschland wird der Geburtstag von Max Klinger als ein High Light des Jahres 2007 angesehen und dieses High Light hätten wir hier in Velbert auch haben können.

Mit Hilfe dieses Museums hätten wir zielsicher eine touristische Innenstadtentwicklung „Neviges“ konzipieren können und unser Bürgermeister Freitag hätte in seiner Etatrede ein Velberter Problem weniger aufzuzählen. Aber die beiden Großparteien wollten ja ihre eigenen Wünsche erfüllt sehen, ohne Rücksicht auf Verluste. Die CDU ihre Luxusausführung Sportarena und im Gegenzug bekommt die SPD ihre Kinder- und Jugendakademie. Gut das es dafür echte Mehrheiten gibt! Die große Koalition aus Berlin lässt grüssen.

Die „Bönsch-Stiftung“ hatte bei uns in Velbert von Anfang an nie eine reelle Chance. Deshalb laste ich der Verwaltung und den beiden großen Parteien CDU und SPD nicht nur ein großes Versäumnis an, sondern auch den für die Zukunft gesehenen entgangenen wirtschaftlichen Schaden! Dieser finanzielle Schaden für Velbert bzw. für den Velberter Bürger ist meiner Meinung nach sehr hoch.

Die FDP-Fraktion hat stets gefordert, dass wir mit Augenmaß und Verstand in unsere bestehende Infrastruktur investieren müssen, um diese auch für die zukünftige Generation erhalten zu können, ohne das wir unseren Plan der Haushaltskonsolidierung gefährden. Bei jeder Investition in Bauten sollte man sich immer folgende Fragen stellen:

- Ist die Baumaßnahme überhaupt notwendig?**
- Können wir uns das überhaupt leisten?**
- Ist unsere Haushaltskonsolidierung dadurch gefährdet?**
- Und vor allem – können wir die Folgekosten finanzieren?**

Deshalb lehnte die FDP-Fraktion u.a. Käufe eines Bahnhofes in Velbert-Langenberg oder die Sanierung der Stadthalle Neviges in Höhe von 1 Mill. Euro ab.

Bevor ich auf die Etatrede unserer Kämmerin eingehe, noch ein paar ernsthafte Anmerkungen zum Kauf dieser Rathaus-Arkaden.

Nun ist der Erwerb laut Aussagen der Verwaltung und CDU angeblich die beste Lösung, und das zu einem Preis von €5,15 Mill. zuzüglich Nebenkosten von ca. €500.000,--. Dieser Preis erscheint uns unangemessen hoch und in der derzeitigen finanziellen Situation unserer Stadt zu gewagt! Weder nach einer Ertragswertberechnung, noch nach einem Sachwertgutachten würde ein solcher Kaufpreis sich rechtfertigen.

Der frühere Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Wagner argumentierte schon damals mit messerscharfen Daten, dass das Mieten eines Rathauses viel günstiger wäre als der Kauf. Das heutige Argument der CDU, es sei wirtschaftlicher zu diesem Preis zu kaufen als zu mieten, würde dagegen keiner externen Prüfung standhalten.

Meine Damen und Herren,

Nun zu meinem Fazit zum Rathauskauf:

Dieser Kauf ist uns mit zu vielen unbekanntem Risikofaktoren bestückt wie da sind:

Zinssteigerungen

Steigerungen der Gebäudeunterhaltskosten

oder das Risiko, das aus Gründen wie auch immer sie sind, die Stadt in einen finanziellen Engpass gerät und dadurch ein Investitionsstau am Rathaus entsteht.

Dies ist nicht von der Hand zu weisen. Das kennen wir aus früheren Zeiten und was aus solchen Objekten geworden ist, sehen wir z.B. an der Stadthalle Neviges – 30 Jahre Investitionsstau sowie Bürgerhaus Langenberg.

Zusätzlich nimmt man noch neue finanzielle Probleme in Kauf. Die Stadt Velbert macht jetzt ca. 15 Jahre lang zusätzlich Verluste und braucht mindestens weitere 19 Jahre um diese finanziellen Verluste wieder einzuholen!

Da keine Notwendigkeit vorlag diesen Schritt zu tun und weil das hohe Risiko in keinem Verhältnis zur erzielten Ersparnis in den nächsten 30 Jahren steht, lehnte die FDP diesen Antrag ab.

In Anbetracht des Ratsbeschlusses –Vorlage 472/2006 –Haushaltsangelegenheit, hätten wir eigentlich von unserer Kämmerin Frau Stock hierzu auch eine Ablehnung erwartet, denn diese Vorlage 472/2006 sagt u.a. unter Punkt 2 aus, Zitat: „Neue Investitionen bzw. Neuanschaffungen sind zunächst zurückzustellen bzw. bedürfen –soweit sie für unverzichtbar gehalten werden – der Freigabe durch die Kämmerin.“ Zitat Ende.

Ist so ein Kauf unverzichtbar!? Meine Damen und Herren, ich meine nein! Warum gaben Sie dafür eine Freigabe Frau Stock? Sollen wir Beschlüsse nicht mehr ernst nehmen?

Zu dem in Ihrer Haushaltsrede ausgegebene Motto „Kurs halten – weiter für die Freiheit kämpfen“ stellen wir uns jedoch die Frage, für wessen Freiheit wir kämpfen? Für die Freiheit der Bürger oder die Freiheit der beiden Großparteien und der Verwaltung? Diese Haushaltsrede, meine Damen und Herren, ist in sich widersprüchlich, sowie fachlich und sachlich realitätsfremd dargestellt. Schon zu Beginn ihrer Haushaltsrede spricht Frau Stock von einer guten Nachricht. Wo ist die? Wir haben da weder einen Überschuss noch einen ausgeglichenen Haushalt.

Um haushaltsmäßig annähernd Plus – minus Null zu erreichen, müssen wir wieder Tafelsilber verkaufen. Sie sprechen da von einem beachtlichen Erfolg auf dem man sich nicht ausruhen darf! Sie nehmen Tafelsilber WOBau zum Haushaltsstopfen her und ein paar Zeilen weiter erklären Sie, dass über Veräußerungen von Vermögensteilen (also Tafelsilber) Schulden abgebaut werden sollten.

Liebe Frau Stock, man kann das Fell des Bären nur einmal verkaufen!

Auch Ihr Langzeitresümee zur Entwicklung der Gesamtverschuldung kann ich nicht nachvollziehen. Fakt ist, dass wir 2001 über 170 Mio. Euro Schulden hatten und das 2007 wieder mehr als 160 Mio. Euro Schulden ausgewiesen werden. Dies ergibt rein rechnerisch zwar eine Reduzierung von rund 10 Mio. Euro, ziehen wir jedoch den Ertrag nur eines Tafelsilber-Teilerlöses wie z.B. die Stadtwerke in Höhe von ca. 25 Mio. Euro ab, so bleibt unterm Strich gesehen nichts Gespartes übrig. Im Gegenteil, die Verwaltung lebt weiter über ihre Verhältnisse.

In Ihrer Haushaltsrede sagen Sie, ich zitiere: „Wer beizeiten spart und klug mit seinen finanziellen Möglichkeiten umgeht, kann sich auch was leisten!“ Ich würde mir nichts sehnlicher wünschen, dass Sie danach auch handeln und wir nicht ständig mit unverantwortlichen Nachbesserungen konfrontiert werden.

Aktuelles Beispiel: Im Dezember 2005 wurde trotz schlechter Finanzlage der Bau eines „Luxus“-Sportzentrums mit einer gedeckelten Bausumme von 12. Mio. Euro beschlossen. Jetzt, nur ein Jahr später, verteuert sich dieses Projekt durch notwendige Grundstückkäufe bereits um weitere ca. 1,5 Mio. Euro. Wie ernst kann man die Richtigkeit der Verwaltungskalkulation nehmen – oder ist dies Methode? Denn ohne größeren Protest, mit einer überwältigenden Mehrheit von CDU, SPD, VA und Grüne, beschließt man dieses Finanzloch mit dem Verkauf eines (Sahne)Grundstückes im Wert von ca. 1,2 Mio. Euro zu decken.

Wissen Sie eigentlich, meine Damen und Herren, warum ein Bolzplatz in Tönisheide schwieriger zu planen und zu bauen ist als ein Sportzentrum? Nicht! Weil beide großen Parteien erst ab 1 Mio. Euro aktiv werden. Spaß beiseite. Anstatt vertretbare Abstriche an der Planung dieses Sportzentrums zu vollziehen, wird wieder Tafelsilber verscherbelt. Denken die Verwaltung und die anderen Fraktionen überhaupt ernsthaft darüber nach, die Schulden der Gemeinde wirklich zu mindern?

Auch die Chance eine Beigeordnetenstelle in Zukunft zu sparen, wurde dank der großen Koalition SPD/CDU nicht genutzt, obwohl die Verwaltung anmerkt: „Eine sinnvolle Geschäfts- bzw. Dezernatsverteilung ist grundsätzlich auch bei drei Beigeordneten vorstellbar.“ Zitat Ende.

Liebe Ratskolleginnen und Kollegen, wahrscheinlich lassen sich vier Stellen besser aufteilen als drei.

Ich wiederhole mich ungern, aber auch in diesem Jahr können wir uns weder eine teure VMG noch eine Beschäftigungsförderung / Standortmarketingabteilung leisten. Wir sind es den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, verantwortungsvoll mit ihren Steuern umzugehen, insbesondere in Zeiten defizitärer öffentlicher Haushalte. Auch wenn diese strukturellen Veränderungen schmerzhaft sind, müssen Sie von uns gemeinsam angepackt werden.

Jede Leistung oder Aufgabe unserer Stadt müssen wir kritisch betrachten und überlegen, ob diese nicht von privaten Unternehmen oder auch Verbänden effizienter und kostengünstiger erbracht werden können. Man sollte z.B. überdenken, ob das Kursangebot der VHS im Sinne von Fort- und Weiterbildung zielführend ist. Sollte man feststellen, dass ein großer Teil der Kurse diese Maßgabe nicht erfüllt, könnte man enorme Zuschüsse einsparen, indem das Kursangebot reduziert und Kurse die weder diese Bedingungen erfüllen noch finanziell selbsttragend sind, streicht. Eventuell könnte man auch den Platzbedarf und somit Mietkosten reduzieren.

Auch das gesamte Beteiligungsmanagement der Stadt muss auf den Prüfstand und von allen Seiten beleuchtet werden. Der Verwaltungsaufbau mit seinen Personalkosten steht in keinem Verhältnis zu unserer Stadtgröße und unseren Wirtschaftszahlen. Personalaufwendungen sind kaum gesunken, andere Aufwendungen sind explodiert. Arbeit wurde in defizitäre städtische Betriebe ausgelagert, wodurch diese Kosten nicht mehr unter Personalaufwendungen erscheinen.

Deshalb klingt es geradezu lächerlich, wenn unsere Kämmerin von weiterem Personalabbau spricht und im Gegenzug in Tochtergesellschaften locker weiter Leute eingestellt werden. Bei einem jährlichen Personalaufwand von annähernd 36 Mio. Euro hat ein geplanter Personalabbau von 21 Personen bis zum Jahr 2010 für mich nur einen Alibicharakter.

Wir von der FDP-Fraktion sind überzeugt: Nur wenn wir schon heute über strukturelle Veränderungen nachdenken, wird unsere Verwaltung von Morgen auch schlank und effizient aufgestellt werden können. Es darf nicht sein, dass öffentliche Unternehmen Märkte erschließen, die von privaten Unternehmen bedient werden könnten. Dies kann zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Ein Unternehmen in dem der Druck zur bestmöglichen Leistung dadurch fehlt, dass es nicht Konkurs gegen kann, weil jedes Missmanagement mit Steuergeldern ausgeglichen wird, muss durch Private ersetzt werden.

In Ihrer diesjährigen Etatrede, Frau Stock, ist mir aufgefallen, dass Sie sehr viel von einer „Gewerbesteuerproblematik“ und über „erhoffte Einnahmen“ sprechen. Ihre Rede enthält in diesem Teil eine Sammlung von Zielen, jedoch ohne die Wege und Ideen aufzuzeigen, um diese Ziele zu erreichen.

Wir müssen lernen mit schwankenden, nicht berechenbaren Dingen wie z. B. Gewerbesteuer, Einkommenssteuer oder Umsatzsteuer umzugehen. Ein gutes Hilfsmittel wäre es, die vorliegenden Statistiken seriöser auszulegen, um dann mit verwertbaren Schätzungen zu planen und nicht durch konsequent zu hohe Steuereinschätzungen, sich selbst hausgemachte Probleme in Haus zu holen.

Wenn unsere Kämmerin feststellt, dass der Konjunkturzug offenbar durch Velbert hindurchrauscht, sollte die Verwaltung sich mal die Frage stellen, warum, weshalb, wieso. Wenn ich keinen Bahnsteig habe, kann der Konjunkturzug nicht halten.

Meine Damen und Herren, unsere Kämmerin berichtet „voller Stolz“, dass durch gezielte Überprüfung der Velberter Hundebesitzer eine Mehreinnahme von sage und schreibe annähernd 70.000,- Euro erzielt wurde. Dies entspricht einer Ertragssteigerung von 0,045%.

Mein Schäferhund Alex sowie ich als aktiver Hundebesitzer sind – in Vertretung aller Velberter Hundehalter – glücklich und zufrieden, etwas zur Haushaltsentlastung beizutragen. Dank der Erkenntnis unserer Kämmerin wäre das Problem WOBAU durch die Anschaffung von nur 108.910 Hunden durch Velberter Bürger gelöst.

Aber mal ernsthaft! Bei einem Haushaltsetat von annähernd 180 Mio. Euro ist es nahezu peinlich, dass eine Kämmerin einen Hundesteuerertrag von 470.000,- Euro, der weniger als 0,3 % des Haushaltes entspricht, in Ihrer Etatrede überhaupt erwähnt.

Da die städtischen Einnahmen kaum weiter steigerungsfähig sind und die Verwaltung sich auf der Ausgabenseite schwer tut, Kosten abzubauen, ist es unerlässlich, dass alle geplanten Investitionen der nächsten 2 bis 3 Jahre erneut auf den Prüfstand kommen! Vielleicht aber kann uns unsere Kämmerin erklären, woher das ganz Geld für die im Haushalt geplanten Vorhaben kommen soll?

Einige Aussagen der Kämmerin in ihrer Haushaltsrede kann ich nicht nachvollziehen. So z.B. das Thema Schule: Für mich hat Schule nichts mit Zuschussbedarf zu tun. Schulbildung ist ein Grundbedarf und gehört zu den elementaren Aufgaben einer jeden Stadt. Sie ist weit höher einzustufen als Wirtschaftsförderung, Kultur oder Sport.

Ein weiterer Punkt ist die Reduzierung der Zins- und Tilgungsleistungen. Dies sind keineswegs Verdienste der Verwaltung sondern vielmehr Folge eines historischen Zinstiefs.

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister traditionsgemäß überlasse ich es gerne der „großen Koalition“ aus CDU und SPD die positiven Dinge des Haushaltes aufzuzählen und komme daher zum Schluss meiner Rede.

Im letzten Jahr ist die Zustimmung der Liberalen zum Haushalt 2006 mit einer gelben Karte versehen worden. In meinen diversen Haushaltsreden habe ich immer darauf hingewiesen, dass eine echte Konsolidierung des Haushaltes nicht zu erkennen war.

Auch wenn wir öfters unterschiedlicher Meinung sind, muss man fairer halber feststellen, dass „Die Grünen“ und die FDP-Fraktion die beiden echten Oppositionsparteien hier im Rat der Stadt Velbert sind.

Leider ist die politische Kultur in Velbert weiterhin von der wechselseitigen Neutralisierung von SPD und CDU, sowie von zwei Stadtparteien, die sich immer wieder in Ihrem Populismus übertreffen, gekennzeichnet. Notwendige strukturelle Veränderungen werden nicht richtig angepackt.

**Ich fordere Sie erneut auf: Ändern Sie Ihre Haushaltspolitik!
Bis Sie zu diesem Schritt bereit sind, wird die FDP-Fraktion dem Haushaltsentwurf 2007 die rote Karte zeigen und dementsprechend dem Haushalt 2007 nicht zustimmen.
Dies ist unsere Verantwortung gegenüber dem Velberter Bürger.**

Abschließend bedanke ich mich bei der Verwaltung und der Presse für die faire und freundliche Zusammenarbeit.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.